

Antrag Nr. 22-F-63-0132

Grüne, SPD, Linke und Volt

Betreff:

Gebühr für Warenauslagen zukunftstauglicher machen
- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die LINKE. und Volt vom 06.12.2022 für die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit am 06.12.2022

Antragstext:

Die Situation des stationären Einzelhandels hat sich mit dem Boom des Online-Handels grundlegend verändert. Darauf reagiert die Wirtschaftsförderung mit unterschiedlichen Maßnahmen, deren vorrangiges Ziel es ist, den Einzelhandel zu stärken und die Innenstadt für Besucherinnen und Besucher attraktiv zu halten. Im Rahmen dessen ist die Stadt auch gefordert, bestehende Regelungen auf ihre Lenkungswirkung unter heutigen veränderten Rahmenbedingungen zu überprüfen. Dazu zählt die Gebührenordnung für die Warenauslagen. Diese orientiert sich in Wiesbaden an dem Bodenrichtwert. Diese Maßgabe führt dazu, dass die Gebühren auch innerhalb des historischen Fünfecks und zum Teil sogar innerhalb von Straßenzügen sehr unterschiedlich ausfallen. Das ist mit den realen Gegebenheiten vor Ort nicht begründbar. Ziel sollte es daher sein, Gebührenordnung fairer zu gestalten und die Gebührenhöhe an anderen Städten zu orientieren. Zugleich sind aber auch gestalterische Aspekte (etwa: wie umfangreich sollen Warenauslagen den öffentlichen Raum belegen?) zu berücksichtigen.

Der Ausschuss möge beschließen,

die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. bis Ende März 2023 eine neue Gebührenordnung für Warenauslagen (Sondernutzungssatzung, Anlage zu § 8, Nr. 22) vorzulegen, die nicht mehr den Bodenrichtwert zugrunde legt.
2. in diesem Sinne die Punkte III. 2 + 3 des Beschluss Nr. 0143 vom 7. Dezember 2021¹ weiter zu verfolgen.
3. zur Vorbereitung eine ämterübergreifende Arbeitsgruppe einzuberufen, an der unter anderem das Referat für Wirtschaft und Beschäftigung und das Tiefbauamt beteiligt sind.
4. bei der Ausgestaltung der neuen Gebührenordnung folgende Aspekte zu berücksichtigen:
 - a) die dauerhaften Belastungen des stationären Einzelhandels durch den Online-Handel;
 - b) eine Abwägung zwischen Zielen der Wirtschaftsförderung und des Erhalts städtischer Einnahmen;
 - c) stadtplanerische Gesichtspunkte; hierbei ist insbesondere zu prüfen, ob die aus dem Jahr 1998 stammende Gestaltungskonzept für die Fußgängerzone noch aktuellen Anforderungen an eine Attraktivierung des öffentlichen Raumes entspricht.
5. bei der vorgesehenen Überarbeitung der „Richtlinie zur Gestaltung von Sondernutzungen im öffentlichen Raum“ auch Abschnitt 5.1 zu den Warenauslagen einzubeziehen.

¹ <https://piwi.wiesbaden.de/dokument/4/2846399>

Antrag Nr. 22-F-63-0132
Grüne, SPD, Linke und Volt

Wiesbaden, 06.12.2022

Gesine Bonnet
Fachsprecherin
(Fraktion B90/Die Grünen)

Aman Yoseph
Fachsprecher
(SPD - Fraktion)

Ingo von Seemen
Fraktionsvorsitzender
(Die LINKE. - Fraktion)

Achim Sprengard
Fachsprecher
(Volt - Fraktion)

Linda Marschall
Fraktionsreferentin
(Fraktion B90/Die Grünen)

Juliane Maltner
Fraktionsreferentin
(SPD - Fraktion)

Jasper Klos
Fraktionsreferent
(Die LINKE. - Fraktion)

Sascha Kolhey
Fraktionsreferent
(Volt - Fraktion)